



# FRAUEN ENTSCHEIDEN DIE WAHL!

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR FRAUEN- UND GENDERPOLITIK IN NIEDERSACHSEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL AM 20. JANUAR 2013

Für die nächste Legislaturperiode fordern der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen (lag) ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für Niedersachsen.

Ziel ist die inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der niedersächsischen Gleichstellungspolitik und Festlegung der wichtigsten Handlungsfelder in der Legislaturperiode von 2013 bis 2018. Mit der Umsetzung des Rahmenprogramms soll sich die Gleichstellung der Geschlechter spürbar verbessern.

Eine Modernisierung der Gesellschaft gibt es ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht. Gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer sind dafür Voraussetzung.

## **FRAUEN UND ARBEITSMARKT**

Frauen brauchen in jeder Lebenslage ihre persönliche soziale und finanzielle Sicherung, und zwar unabhängig davon, ob sie alleine, in einer (gleichgeschlechtlichen) Partnerschaft, in einer Ehe, mit oder ohne Kinder leben. Frauen dürfen nicht mehr als Zuverdienerinnen behandelt werden.

Frauen sind heute so gut qualifiziert wie nie. In die Vorstandsetagen dringen sie aber viel zu langsam vor, obwohl ein größerer Frauenanteil im Topmanagement den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen erhöht. Auf allen Hierarchieebenen müssen mehr Frauen leitende Funktionen ausüben.

Wir erwarten daher:

- ✓ Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes mit dem Ziel einer konsequenten Frauenförderung, bis auf allen Hierarchieebenen die 50% Quote erreicht ist.
- ✓ Vorrangige Besetzung der Leitungspositionen in den Ministerien im Rahmen der Bestenauslese und mittels ressortübergreifender Planung mit Frauen.
- ✓ Besetzung von Gremien und Aufsichtsräten, an denen das Land beteiligt ist, zu gleichen Anteilen mit Männern und Frauen. Änderung der Kommunalverfassung, damit gleiches auch für kommunale Gremien und Aufsichtsräte gilt.

- ✓ Vergabe öffentlicher Aufträge des Landes nur an Unternehmen, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern berücksichtigen und aktive Frauenförderung betreiben – in Anlehnung an die Berliner Verordnung über die Berücksichtigung der aktiven Förderung der Beschäftigung von Frauen bei der Gewährung freiwilliger Leistungen aus Landesmitteln (LVG vom Nov. 2011, siehe auch 9. LGG vom Nov. 2010 §14).
- ✓ Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.
- ✓ Unterstützung des Bundesratsbeschlusses zur schrittweisen Einführung einer Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter Unternehmen.
- ✓ Ausbau und Finanzierung der Koordinierungsstellen Frau und Wirtschaft, von Gründerinnenzentren sowie frauenrelevanter Förderprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds.
- ✓ Gleiche Bezahlung für gleichwertige und gleiche Arbeit und damit die Herstellung einer existenzsichernden Erwerbsarbeit für Frauen.
- ✓ Gesetzliche Regelungen zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit, damit Unternehmen verpflichtet werden, ihre Entgeltpraxis geschlechtergerecht zu gestalten.
- ✓ Alle Arbeitsverhältnisse sozial abzusichern und die Arbeitnehmerinnen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen.
- ✓ Einen gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze, weil Frauen besonders häufig zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen.

## **ROLLENSTEREOTYPE / BILDUNG**

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es nach wie vor tradierte Männer- und Frauendomänen. Ausbildungswünsche von Mädchen liegen zu 85% im Bereich der Dienstleistungen, während junge Männer eher den Fertigungsbereich anstreben. Wir fordern mehr Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung mit dem Ziel den Männeranteil in den Bildungseinrichtungen zu erhöhen, um so das geschlechtertypische Berufswahlverhalten junger Menschen zu verändern. Wir wollen junge Frauen, die Informatik studieren und junge Männer, die Erzieher werden möchten. Wir wollen Väter, die in Elternzeit gehen, ohne diskriminiert zu werden.

Wir erwarten daher:

- ✓ Eine Vermittlung zeitgemäßer Rollenbilder in Kitas, Schulen und Unterrichtsmaterialien sicherzustellen.
- ✓ Die Rückkehr zum verpflichtenden Girl's Day und Einführung eines zusätzlichen Boy's Day, um das geschlechtertypische Berufswahlverhalten zu durchbrechen.
- ✓ Eine genderorientierte Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte und ErzieherInnen.

## **FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE**

Auch zehn Jahre nach Einführung des Gewaltschutzgesetzes sind häusliche und sexuelle Gewalt für viele Frauen bittere Realität. Gewalt innerhalb von Beziehungen tritt in allen sozialen Schichten auf, unabhängig vom sozialen Status, ethnischen Hintergrund, von Bildung und Alter. Wir setzen uns im Rahmen von work-place-policies für ein couragiertes Eintreten gegen Gewalt und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie eine fortwährend bessere Ausstattung der Beratungsstellen ein – Opferschutz spielt eine wichtige

Rolle in der Aufklärung der Fälle sowie im weiteren Leben der Betroffenen.

Wir erwarten daher:

- ✓ Gesetz zur Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen (ausreichendes Angebot, kostenlose Zuflucht).

Auch im Bereich der Flüchtlingspolitik erwarten wir Verbesserungen:

- ✓ Schutz von Frauen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.
- ✓ Keine Abschiebung von schutzbedürftigen Frauen, Kindern und SeniorInnen.
- ✓ Schließung von Gemeinschaftsunterkünften und Lagern, da hier insbesondere Frauen innerhalb kürzester Zeit unter psychischen Problemen und schweren Depressionen leiden.

Um die Vermeidung von Zwangsverheiratung fachlich zu unterstützen ist es notwendig

- ✓ die am Verfahren beteiligten Personen und Institutionen (u.a. LehrerInnen, Jugend-, Sozial- und Ordnungsämter, Justizangehörige) zu sensibilisieren und weiterzubilden,
- ✓ zusätzlich einen pauschal finanzierten Kriseninterventionsplatz für akute Bedrohungssituationen von minderjährigen Mädchen bzw. auch für lesbische Paare einzurichten,
- ✓ das Krisentelefon personell aufzustocken, um die notwendigen Präventions- und Interventionsmaßnahmen fachgerecht durchführen zu können.

## MIGRATION / INTEGRATION

In Niedersachsen leben ca. 4.081.000 Frauen. Davon haben ca. 631.000 Frauen einen Migrationshintergrund, ca. die Hälfte davon besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Obwohl viele Frauen mit Migrationshintergrund eine gute Qualifikation mitbringen, arbeiten sie seltener in ihren erlernten Berufen.

Wir erwarten daher:

- ✓ Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.
- ✓ Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen in interkultureller Kompetenz, z.B. verstärkt in Deutsch als Zweitsprache sowie Förderung der Mehrsprachigkeit in den Kitas und Schulen. Gleiches gilt für die Zulassung und Einstellung von TherapeutInnen.
- ✓ Verstärkte Einstellung von Migrantinnen im Öffentlichen Dienst.
- ✓ Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen.
- ✓ Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf Führungspositionen.

## FRAUENGESUNDHEIT

Mangelnde Geschlechtergerechtigkeit in der Gesundheitspolitik benachteiligt Frauen bei der Gesundheitsversorgung und der Krankenversicherung.

Krankheiten äußern sich bei Männern und Frauen unterschiedlich – Medikamente wirken bei Frauen und Männern jeweils anders – Frauen und Männer haben andere Krankheitsbilder, insofern müssen die in den Gesundheitsberufen Tätigen verstärkt für geschlechtsspezifische Unterschiede

sensibilisiert werden – die Versorgung der Patientinnen und Patienten braucht besondere Kompetenz.

Wir erwarten daher:

- ✓ Einrichtung und Finanzierung von Frauen-Gesundheitszentren und Förderung von Projekten in Zusammenarbeit mit Kliniken.
- ✓ Weiterführung des Netzwerkes Frau und Gesundheit.
- ✓ Finanzierung von Verhütungsmitteln für bedürftige Frauen. Familienplanung darf nicht an der finanziellen Situation der Familien scheitern.
- ✓ Wahl des Geburtsortes für jede Frau in Niedersachsen.
- ✓ In die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe muss verstärkt Wissen um geschlechterspezifische Unterschiede bei Gesundheit und Krankheit einfließen.
- ✓ Erhalt der Pflegeausbildung mit den Schwerpunkten „Gesundheits- und Kinderkrankenpflege“ in der beruflichen Erstqualifikation.
- ✓ Einrichtung und Finanzierung einer Pflegekammer als pflegerische Selbstverwaltung, um Planungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung sicherzustellen.
- ✓ Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Berichterstattung ist seit langem überfällig, sie muss in unserem Gesundheitssystem zur Routine werden.

## **POLITIK SUCHT FRAUEN**

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist über sechzig Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, Artikel 3 mehr als überfällig.

Gender Mainstreaming muss konsequent angewendet werden – in der Innen-, Justiz-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- und

auch Umweltpolitik. Jede geplante Maßnahme und jedes Gesetz sind darauf zu untersuchen, wie sie sich auf Männer und Frauen auswirken. Ziel muss sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und sie auszugleichen. So soll die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter hergestellt werden.

Wir erwarten daher:

- ✓ Gesetzesinitiative zur Umsetzung der Erhöhung des Frauenanteils in Anlehnung an das französische Parité-Gesetz mit dem Ziel einer 50%igen Beteiligung von Frauen an den Kommunal-, Landtags- und Bundestagsparlamenten.
- ✓ Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger.
- ✓ Fortführung des Mentoringprogramms „Politik sucht Frauen“.
- ✓ Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern sollte auch für die Landesregierung gelten: Mindestens die Hälfte des Kabinetts ist mit Frauen zu besetzen.
- ✓ Abkehr von der Referatsgruppe für Frauenpolitik und Rückkehr zur Frauenabteilung mit zusätzlichen Aufgaben und Kompetenzen.
- ✓ Genderbeauftragte in allen Ministerien zu benennen zur Steuerung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting einschl. der Umsetzung der in den EU-Förderlinien verankerten Gender-Mainstreaming-Maßnahmen. Keine Übertragung dieser Funktion an die Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte.
- ✓ Eine geschlechtersensible Haushaltsführung (Gender Budgeting und Gender Mainstreaming) verbindlich für die Kommunen zu verankern, damit öffentliche Gelder zielgenauer, gerechter und sparsamer eingesetzt werden.



- ✓ Bei Änderung des Landesgleichberechtigungsgesetzes ist die Anwendung von geschlechtergerechter Sprache verbindlich zu regeln.

## **HAUPTAMTLICHKEIT DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN**

Gesetzliche Veränderungen (NGO 2005) haben die Anzahl der hauptamtlich angestellten Gleichstellungsbeauftragten drastisch reduziert. Impulse für die örtliche Gleichstellungspolitik durch hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte sind aber nach wie vor unverzichtbar und im Ehrenamt oder Nebenamt nicht zu leisten.

Wir erwarten daher:

- ✓ Rücknahme der gesetzlichen Änderung, u.a. auch der Herabsetzung der Abwahlmodalitäten.
- ✓ Festlegung eines Anforderungsprofils, wie z.B. Fachhochschul- bzw. Hochschulausbildung oder gleichwertige Fähigkeit und Erfahrungen wie Berufserfahrung, Schlüsselqualifikationen, Erfahrungen in der Frauenarbeit.
- ✓ Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung auszubauen und die Finanzierung sicherzustellen.

## **DEMOGRAPHISCHER WANDEL**

Der demographische Wandel fordert uns heraus, neue Akzente für künftige Entwicklungen zu setzen. Welche Bedarfe erwachsen aus einer schrumpfenden Gesellschaft mit weniger Kindern und mehr SeniorInnen? Eine alternde Gesellschaft entwickelt neue Anforderungen an Mobilität und Versorgungssicherheit. Dabei soll die Aufmerksamkeit besonders auf den ländlichen Raum gelegt werden.

Wir erwarten daher:

- ✓ Altersgerechte Wohnungen und generationsübergreifende Wohnprojekte.
- ✓ Ambulante Pflege und Hilfe bei haushaltsnahen Dienstleistungen, quartiersgebunden (wohnnah).
- ✓ Attraktive Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen einschl. guter Bezahlung.
- ✓ Einführung einer kultursensiblen Pflege.
- ✓ Flexible Arbeitszeiten nicht nur für Kinderbetreuung sondern auch für die Pflege – hier sind öffentlicher Dienst und private ArbeitgeberInnen gefordert.
- ✓ Finanzielle Absicherung pflegender Angehöriger (z.B. rentenerhöhend, auch wenn bereits selbst im Rentenalter) ebenso wie die der Erziehungsleistung für Kinder, die vor 1992 geboren sind durch Anerkennung von Entgeltpunkten in der Rente.
- ✓ Attraktive Verkehrsanbindungen für den ländlichen Raum durch bedarfsgerechte und vernetzte Mobilitätsstrukturen.
- ✓ Aufrechterhaltung der regionalen Infrastruktur und Schaffung von Zentren für Medizinische Versorgung, Einkauf, Kita/Schule, Kultur etc.

## **BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / EHRENAMT**

Die ehrenamtlich Aktiven brauchen fördernde Rahmenbedingungen, ohne die ein nachhaltiges Engagement nicht erbracht werden kann. Frauenverbände sind dabei wichtige Multiplikatorinnen.

Wir erwarten daher:

- ✓ Den Aufbau eigener Rentenansprüche durch bürgerschaftliches Engagement (rentenerhöhend, auch wenn bereits selbst im Rentenalter).
- ✓ Tradiertes Rollenverständnis im Ehrenamt zu überwinden und Frauen stärker in Leitungsfunktionen einzubeziehen.
- ✓ Bessere finanzielle Ausstattung des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. als Dachverband von über 60 Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Verbände in Niedersachsen.
- ✓ Finanzielle Förderung der Marke frauenORTE *Niedersachsen* des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. mit dem Ziel der Sicherstellung, dass weibliche Vorbilder wirken.

## **HOCHSCHULE – FRAUENFORSCHUNG GENDERFORSCHUNG UND FRAUENFÖRDERUNG**

Ziel des Landes muss es sein, den Frauenanteil in der ProfessorInnenschaft und in den Führungsgremien der Hochschulen zu erhöhen und Gender Studies auszubauen und abzusichern.

Wir erwarten daher:

- ✓ Die Hochschulen weiterhin zu motivieren, sich für einen höheren Frauenanteil in ihren Strukturen einzusetzen, beispielsweise über die Zuweisung von Geldern nur zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Hochschul- und Besetzungspolitik.
- ✓ Ausbau und finanzielle Absicherung von Gender Studies und Frauenforschung.

## HERAUSGEBERINNEN:

Landesfrauenrat  
Niedersachsen e.V. 

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.  
Geschäftsstelle  
Elkartallee 25  
30173 Hannover  
Telefon 0511 321031  
Fax 0511 321021  
mail@landesfrauenrat-nds.de  
www.landesfrauenrat-nds.de



Landesarbeitsgemeinschaft Kommunaler  
Frauenbüros Niedersachsen (lag)  
p.A.: Vernetzungsstelle  
Sodenstraße 2  
30161 Hannover  
Telefon 0511 336506-27  
Fax 0511 336506-36  
LAG@Vernetzungsstelle.de